

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründet 1856

Druck u. Verlag: Neudruck & Buchdruck, Dresden, Weißhofstr. 10. Preis: 1,00 M. (inkl. Porto). Abonnement: 12 M. (inkl. Porto). Einzelhefte: 10 Pf. (inkl. Porto). Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. (Inkl. Porto).

Druck u. Verlag: Neudruck & Buchdruck, Dresden, Weißhofstr. 10. Preis: 1,00 M. (inkl. Porto). Abonnement: 12 M. (inkl. Porto). Einzelhefte: 10 Pf. (inkl. Porto). Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. (Inkl. Porto).

Außenpolitische Ziele des Kanzlers Forderungen für Lausanne und Genf

Berlin, 8. Mai. Der Berliner Verband der Auslandstagen Presse veranstaltete am Sonntagmittag im Bürgeraal des Schöneberger Rathauses eine politische Matinee, zu der unter anderem Reichsfanzler Brüning, Reichernährungsminister Schiele, die preussischen Minister Severing, Steiger, Schmidt, Grimme und Klepper, die Staatssekretäre von Hilow, Pänder, Trendelenburg, Abegg, vom Diplomatischen Korps Runtius, Orsenigo, die Botschafter Englands, Italiens, Japans, der Türkei und Spaniens, die Gesandten Oesterreichs und Schwedens und zahlreiche andere Persönlichkeiten erschienen waren.

Einfleitend sprach kurz der Vorsitzende des Berliner Verbandes der Auslandstagen Presse, Dr. Thum.

Reichsfanzler Dr. Brüning

wandte sich zu Beginn seiner Rede den Rückwirkungen der Wiederwahl Hindenburgs zu: Die Wahl des Staatsoberhauptes ist gerade auch außenpolitisch eine Handlung von entscheidender Bedeutung, nicht nur weil das Staatsoberhaupt in sich das Land verkörpert, sondern auch weil es das Reich völkerrechtlich vertritt und in allen außenpolitischen Dingen das letzte und entscheidende Wort hat. Es mag dies von minderer Bedeutung sein für ein Land, das stark ist an äußeren Mitteln militärischer oder wirtschaftlicher Art, das keine bräuhenden Sorgen, keine brennenden und unruhigen Lebensfragen kennt. Für ein Land wie Deutschland, in dem eine drängende außenpolitische Sorge die andere ablöst, meist aber viele Sorgen zugleich auftreten, für ein Land, das erst im Begriff steht, sich aus dem unwürdigen Zustand rechtlicher und staatlicher Deklassierung heraus zur Gleichberechtigung durchzurufen.

ist die Verlor des Staatsoberhauptes, dessen internationale Stellung das Ansehen und die Wertung, die man seiner Stimme im Rate der übrigen Staatsoberhäupter beimisst, von überragender Wichtigkeit.

Es muß in dieser schwierigen und verantwortlichen Phase der Nachkriegsentwicklung als ein Glück betrachtet werden, daß eine gütige Vorsehung und in der Person des Herrn Reichspräsidenten den Mann beschert hat, der unser Land und Volk wie kein anderer als oberster Sachwalter vertreten kann. Unser Volk hat sein Urteil mit überwiegender Mehrheit sich zu eigen gemacht, und hierzu durch mein Eingreifen in den Wahlkampf beigetragen, war für mich gerade als Außenminister erste und oberste Pflicht. Das außenpolitische Plus der Wiederwahl Hindenburgs war die vorübergehende Abwesenheit von Genf voll auf wert. Ich glaube auch denen nicht zu nahe zu treten, die auf der Gegenseite standen, wenn ich sage: Die Wiederwahl unseres jetzigen Reichspräsidenten hat eine Epoche von Konflikten und inneren Zwistigkeiten beendet. Jetzt heißt es, sich einhellig um seine verehrungswürdigen Person zu scharen, um der internationalen Autorität seiner Persönlichkeit bei den kommenden außenpolitischen Aktionen diejenige moralische Stütze hinzuzufügen, die der einzige Wille eines großen Volkes dem Oberhaupt der Nation zu sichern vermag.

Nach vollzogener Präsidentenwahl habe ich mich dann in Genf der Behandlung der außenpolitischen Probleme

gewidmet, deren großzügiger und beschleunigter Lösung wir im deutschen Interesse wie auch im Interesse der Welt bedürfen.

Nur dann kann ich für Deutschland das Beste heraus-holen, wenn mir gleichzeitig der Nachweis gelingt, daß Deutschlands Ziele mit den wohlverstandenen Interessen der Welt zusammenfallen.

Das ist ja gerade das Unglück des Versailler Ver-trages und der ihm nachgebildeten anderen Friedens-schlüsse gewesen, daß man geglaubt hat, daß einzelne Länder sich alles Gute und Wertvolle dieser Erde sichern, sich sozu-sagen alles Glück verschaffen können, während dem Unter-liegenden nur das Unglück überlassen bleiben könnte, den Besiegten sozusagen nur die Tränen gestattet werden können, um ihr Unglück zu bemerken. Nein! Von einer solchen innerlich unwahren Friedensauffassung geht alle s Verhängnis aus! Sie hat sich in der Nachkriegszeit je länger je mehr als vollkommen irrig erwiesen. Sie wird auch, wenn keine Wendung eintritt, die Welt immer tiefer in das entsetzliche Elend hinabziehen, das in Form von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit zur Geißel aller Staaten zu werden droht. Zur Herstellung normaler Ver-hältnisse ist Vertrauen und wiederum Vertrauen notwendig.

Wie soll dieses Vertrauen geschaffen werden, wenn noch immer die anstößige Ungleichheit zwischen den Siegern und den Besiegten besteht.

wenn Unterschiede gemacht werden, die dem einen alles ge-statten, ihm als kein selbstverständliches Recht zuerkennen, was dem anderen, darunter besonders uns Deutschen, als ausdrücklich verboten, ja als Rechtsbruch vor-enthalten wird. Es hat sich allerdings schon vieles gegen-über Deutschland zum Besseren gewendet, die Atmosphäre des Haßes ist vielfach gemildert. Aber in wieviel besteht diese Ungerechtigkeit fort, und gerade in einem der wichtigsten Punkte, nämlich in der Verteilungsmöglichkeit dessen, was jedem Menschen das Leben und Heiligkeit sein muß. Darin besonders sind wir in einem Zustand minderen Rechts geblieben. Dagegen bäumt sich ganz Deutschland mit Recht auf. Hierin sind sich alle einig, und hierin liegt die Be-deutung der Abrüstung, die seit Februar in Genf einer Lösung entgegengeführt werden soll. Ich habe in Genf ohne Widerspruch auf den friedliebenden Charakter des deutschen Volkes verweisen können.

Deutschland will keine Sonderrechte, keine Privilegien. Es will nichts als die Gleichheit, als die Befreiung des Zustandes, der es in die Kategorie des Staates minderen Rechts und auf den Stand der Rechtslosigkeit in einer Umgebung bis auf die Höhe bewaffneter Staaten herabdrückt.

Wir haben vor wenigen Tagen das Gerücht von einer bevorstehenden Besetzung Danzigs vernommen. Das Gerücht war unbegründet. Aber wie hätte es so tiefe Beunruhigung in ganz Deutschland herbeiführen können, wenn eben nicht diese Ungerechtigkeit bestände, wenn sich eben nicht mit allen Mitteln moderner Kriegs-

führung ausgerüstete Staaten an der Seite eines wehr-losen Deutschlands befänden.

Was für die Abrüstungsfrage gilt, gilt in gleichem Maße auch für die Reparationszahlungen.

Längst ist in allen denkenden Köpfen die Ueberzeugung Gemeingut geworden, daß Deutschland die ihm auferlegten ungeheuren Zahlungen nicht leisten kann, ja mehr als das, daß diese Zahlungen entscheidend dazu beigetragen haben, den wirtschaftlichen Wirrwarr in der Welt herbei-zuführen, ihn bis ins Unerträglichste zu vergrößern und — bei ihrer Fortdauer — jede Möglichkeit der Besserung aus-zuschalten. Deutschland hat für den von ihm verlorenen Krieg, wie wohl kaum ein Volk in der neueren Geschichte, gelitten und Opfer bringen müssen. Einmal aber müssen diese Opfer ihr Ende haben! Einmal muß auch diese Nie-drigung als beglückend anerkannt werden, wenn wirklich der Krieg als beendet erklärt werden soll. Es ist in den Genfer Besprechungen das Gerücht für die Lausanner Kon-sferenz aufgeführt worden. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, welchem Geschick nicht nur Deutschland, son-dern die ganze Welt entgegengehen wird, ob sie weiter-hin in Elend und Sorge verfallen oder endlich aber dem letzten Grund finden wird, auf dem allein ein Wieder-aufbau, eine Epoche fortschreitender Entwicklung möglich ist! Auf diese Konferenz sind die Blicke der Völker aller Völker gerichtet, hoffend und sehnsüchtig, ungeduldig und fordernd!

Die Krise geht mit gigantischen Schritten ihren Weg, an dem sich von Tag zu Tag die schwersten Opfer häufen und die Staatsmänner abgern!

Jögern, teils vor der Größe der Aufgabe, teils vor der irreführenden Meinung ihrer Völker, denen man nach so langen Jahren der Illusionen die volle, wenn auch harte Wahrheit nicht sagen zu können vermeint. Wird dieses Bekenntnis leichter, wenn man es ausspricht? Will man warten, bis nichts mehr zu betonen ist, als daß die Hilfe bereits zu spät kommt? Wer will die Verant-wortung tragen für weiteres Jandern? Oder man in den Staatsangelegenheiten und in den Kontoren der Wirtschaft-skrisen der Welt nicht den immer härter anschwellenden Chor derer, denen die beschämende Ergebnis-armut der bisherigen internationalen Beratungen der wirkliche Zutreiber ihrer extremen, ja revolutionären Fronten ist? Sieht man nicht, daß dämonische Geister der Verneinung und Zerstörung entstehen?

Wir können nicht mehr warten, weil die Völker nicht mehr warten wollen und nicht mehr warten werden! Was uns not tut, ist nicht eine Multiplikation der Konferenzen, sondern die beschleunigte, die ganze Tat! Im Zeichen dieses Tatwillens muß Lausanne stehen. Sonst wird es nicht zum Weilenzeichen des Lebens, sondern zum Wegweiser des Zusammenbruchs.

In dem Glauben an die unabhängige Zukunft unseres Volkes und Reiches bin ich Optimist. Allerdings wird eine solche Zukunft nur Erfüllung finden, wenn sich ein einiger und geschähter Wille des gesamten Volkes der Erreichung dieses Zieles stark und opferbereit wehrt.

Die Schlussansprache hielt Generalkonsul Maus, Ver-leger der „Kölnischen Volkszeitung“.

Die ersten Bilder von der Ermordung Doumers



Sobte Regierungsbeamte tragen den schwer verwundeten Präsidenten ins Auto



Das erste Verhör des Mörders Garguloff

on
ortes.
bote,
züge
men-
neine
ommt
eben



ckflach-
hartiger
t. 1975



ckflach-
kunats.
ll. 1975
v. 1975

swärts
lungen

ner